

Juli
2023



Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages
und des Europäischen Parlaments e. V.

Editorial

Geschäftsführerin
Andrea Wicklein

Ansprache Präsident

Dr. Franz Josef Jung

Informationen

Termine

Personalien

Titelthema

Volksaufstand
in der DDR

Berichte / Erlebtes

Jahreshauptversammlung

Europäische Assoziation

Interview mit
Dr. Klaus von Dohnanyi

Kontakttreffen

Leben danach

Erlesenes

Aktuelles

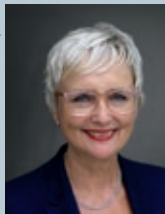
Jubilare

70. Jahrestag Volksaufstand in der DDR



© DEFA-Stiftung / Thomas Kaser

Editorial



Endlich wieder Sommer! Ich hoffe, Sie können den Sommer genießen und leiden nicht zu sehr unter der allgemeinen Nachrichtenlage, die alles andere als erfreulich ist. Noch immer ist kein Ende des schrecklichen Krieges in der Ukraine in Sicht und niemand scheint derzeit einen Ausweg aus der Eskalationsspirale zu finden. In den USA läuft sich Donald Trump für den nächsten Präsidentschaftswahlkampf warm und keine seiner Verfehlungen und Gerichtsprozesse scheinen sich auf die Umfragewerte auszuwirken. Ganz im Gegenteil. Und bei uns in Deutschland sonnt sich die AfD im Umfragehoch, in Ostdeutschland sind sie in einigen Bundesländern momentan die stärkste politische Kraft.

In dieser Ausgabe widmen wir uns sehr intensiv der drängenden Frage, wie es uns gelingen kann, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. In der deutschen Geschichte gab es viele mutige Menschen, die für diese Werte ihr Leben riskiert oder sogar geopfert haben. Siebzig Jahre Volksaufstand in der DDR ist ein Anlass, um sich daran zu erinnern und Schlussfolgerungen für das Heute zu ziehen. Bei der Festveranstaltung im Bundestag hielt unsere Bundestagspräsidentin dazu eine vielbeachtete Rede. Auch die Europäische Assoziation hat sich mit den veränderten Rahmenbedingungen wie den Folgen der Globalisierung für Migration, Corona sowie dem Krieg Russlands gegen die Ukraine und deren Herausforderungen für die Demokratie auseinandergesetzt.

Die Sommerpause für die aktiven Abgeordneten des Deutschen Bundestages naht. Wir, die Ehemaligen, haben das Privileg, den Sommer unabhängig von den Parlamentsferien zu genießen. Und glücklicherweise liegen die Einschränkungen der vergangenen Jahre durch die Corona-Pandemie hinter uns. Übrigens: Deutschland profitiert als zunehmend beliebtes Reiseziel nach der Pandemie. Wie die Tourismusstudie 2023 des ADAC zum Reiseverhalten der Deutschen zeigt, haben die Reisenden Deutschland als Urlaubsziel während der Pandemie zu schätzen gelernt und fast ein Drittel der Befragten plant auch in Zukunft, ihren Urlaub in Deutschland zu verbringen. Da freut sich nicht nur die Tourismusbranche, sondern auch die Umwelt, denn die Anzahl der Flugreisen geht durch diesen Trend zurück. Wenn das keine gute Nachricht ist!

Ich wünsche Ihnen jedenfalls einen fantastischen Sommer, egal wo auch immer Sie diesen verbringen mögen. Bleiben Sie gesund und optimistisch!

Ihre

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Andrea G. Q.' with a stylized flourish at the end.

Informationen

Termine

12.–14.09.2023 Mitgliederreise Niedersachsen
21.11.2023 Mitgliederveranstaltung Bonn

Personalien



Die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns Manuela Schwesig überreichte am 25.5.2023 das Bundesverdienstkreuz am Bande in einem Festakt im Schweriner Schloss an **Tilo Braune**, Staatssekretär a. D. In ihrer Laudatio würdigte sie den Vorsitzenden des Vorstandes der Stiftung für Grundwerte und Völkerverständnis für seine Verdienste.



In einem würdigen Rahmen wurde **Gabriele Groneberg** am 2.5.2023 im Cloppenburg Kreishaus das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Stellvertretend wurde dies überreicht durch Landrat Johann Wimberg.

Bei der Wahl der Bremischen Bürgerschaft am 14.5.2023 wurden **Bettina Hornhues** und **Dr. Carsten Sieling**, Präsident des Senats a. D., erneut in das Abgeordnetenhaus der Freien Hansestadt Bremen gewählt. **Prof. Dr. Martin Pätzold** gewann auch bei der Wiederholungswahl am 12.2.2023 zum Abgeordnetenhaus von Berlin – mit einem Stimmenzuwachs von 18,2 % – seinen Wahlkreis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zweimal im Jahr schauen wir in unserer Mitgliederzeitschrift zurück auf die Aktivitäten der Vereinigung und unserer Mitglieder. So führt uns der Blick in dieser Ausgabe zu unserer Mitgliederversammlung im April. Im Vorfeld fand in Vorbereitung des nächsten Kolloquiums der Europäischen Assoziation mit unseren Mitgliedern eine Studientagung zum Thema „Einfluss des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik: Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ statt. Auch in diesem Jahr haben die Bundestagsfraktionen im Rahmen unserer Jahreshauptversammlung dankenswertrweise wieder ihre Ehemaligen zu einem Austausch eingeladen. Am Nachmittag folgte dann im Bundestag das Gespräch mit dem Chef des Kanzleramtes. Die lebhafteste Diskussion mit Wolfgang Schmidt zeigte nicht nur das große Interesse am Austausch mit dem Kanzleramtschef, sondern auch die großen Herausforderungen, vor denen die aktuelle Regierung steht (ausführlicher Bericht in diesem Heft). Übrigens konnten wir die Teilnahme von 168 Mitgliedern verzeichnen! Nach dem Frühlingsempfang für die Mitglieder der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft fand am nächsten Tag eine Führung durch das interessante Futurium in Berlin statt. In verschiedenen Bereichen des Museums entdeckten die Besucher und Besucherinnen mögliche Zukunftsoptionen auf die Frage „Wie wollen wir zukünftig leben“.

Der Blick voraus auf kommende Veranstaltungen führt uns zur Mitgliederreise nach Niedersachsen im September. Wir haben im niedersächsischen Landtag ein Gespräch mit Ministerpräsident Stephan Weil und Landtagspräsidentin Hanna Naber geplant. Sehr interessant wird sicher auch der Besuch der Salzgitter AG. Ferner wollen wir die Herrenhäuser Gärten und Schloss Marienburg erkunden. Von unseren 702 Mitgliedern wohnen übrigens 79 Ehemalige derzeit in Niedersachsen, sie bilden damit nach NRW und Berlin die drittgrößte Gruppe. Auch haben wir in diesem Jahr noch einen Besuch in der ehemaligen Bundeshauptstadt am 21. November vorgesehen. In Bonn ist geplant, die Deutsche UNESCO Kommission und die Bundesnetzagentur zu besuchen. Die Vorsitzenden beider Organisationen sind Mitglieder unserer Vereinigung.

Ein Blick auf die allgemeine politische Lage richtet sich mit Sorge auf die Umfragedaten der AfD. In früheren Zeiten konnte bei schwierigen Situationen für die Regierung in der Regel die demokratische Opposition profitieren. Dies ist aktuell nicht mehr der Fall. Es mag mit der negativen Einstellung gegen „die da oben“ zusammenhängen. Auch führt die Flüchtlingsproblematik zu einem Ansteigen der AfD. Hinzukommt der Krieg in der Ukraine. Hier wird

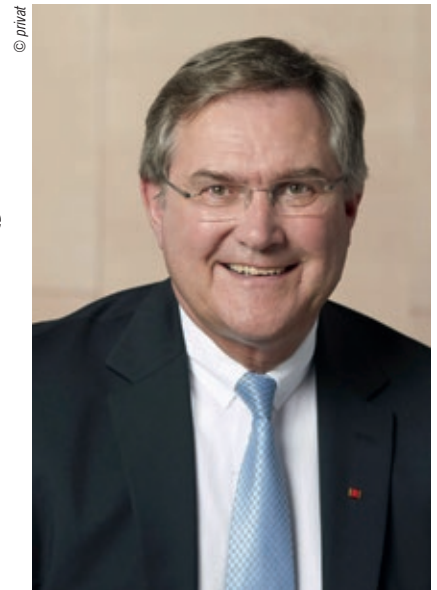
von der AfD deutlich gegen den Kurs der Regierung opponiert. Sie will weder Sanktionen gegen Russland noch Waffenlieferungen an die Ukraine. Offensichtlich führt auch das zur Zustimmung für die AfD.

Die Verteidigungspolitik ist seit dem Angriffskrieg Russlands mehr denn je in den Blick des öffentlichen Interesses gerückt. Die Zeitenwende findet auch in den gesellschaftlichen Diskussionen ihren Niederschlag. Ich erachte deshalb die Diskussion über eine nationale Sicherheitsstrategie für notwendig. Auch sollte die aktuelle Verteidigungspolitik unsere Unterstützung erfahren.

Eine interessante Erfahrung konnte ich in diesen Tagen bei einem Besuch in Athen machen. Dort dachte ich an die schwierigen Diskussionen zur Zeit der Eurokrise zurück. Viele wollten damals die Unterstützung für Griechenland beenden und sie aus der Eurozone verbannen. Auch in der CDU/CSU-Fraktion gab es gegen den solidarischen Kurs der Bundeskanzlerin mit Griechenland 60 Gegenstimmen. Wenn man heute die Entwicklung in Griechenland sieht, kann man nur feststellen, wie richtig die damalige Entscheidung der Bundeskanzlerin war. Voraussichtlich wird die derzeitige Regierung auch im zweiten Wahlgang erfolgreich sein und Griechenland kann seinen positiven Weg fortsetzen. Auch der damals völlig darniederliegende Hafen von Piräus ist heute wieder eine Erfolgsgeschichte. Das zeigt, dass das Festhalten an den europäischen Grundprinzipien sich langfristig auszahlt.

Ich wünsche Ihnen für die nächste Zeit alles Gute und freue mich, Sie im Rahmen unserer Veranstaltungen wiederzusehen.

Ihr



Jahreshauptversammlung der Ehemaligen

Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes Wolfgang Schmidt

Vor der Jahreshauptversammlung der Vereinigung der Ehemaligen am 24. April 2023 fand ein Gespräch mit dem Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schmidt, im Reichstagsgebäude statt. In seinen Ausführungen stellte der Kanzleramtsminister die turbulente Zeit seit der Ernennung von Olaf Scholz zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland dar. Nicht nur, dass die neue Konstellation von nun drei zusammenarbeitenden Parteien ein breiteres Spektrum der Wählerschaft abbilde, sei es doch auch eine große Herausforderung für Verhandlungen in der Koalition.



© VerMdB

Bundeskanzleramtschef Wolfgang Schmidt (r.) und Dr. Franz Josef Jung, Präsident der Vereinigung

Elf Wochen nach Amtsantritt des Kanzlers seien die gesamten außen- und sicherheitspolitischen Gewissheiten Europas durch den Überfall Russlands auf die Ukraine erschüttert worden. Deshalb habe der Kanzler in seiner Rede vom 24. Februar 2022 von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Im Laufe des Krieges seien eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen und hier sei ihnen schnell Hilfe zu teil geworden.

Olaf Scholz habe der Ukraine die Unterstützung der Bundesrepublik zugesichert, betonte der Kanzleramtsminister. Mit dem Liefern von Waffen sei man aber vom bisher geltenden Grundsatz „keine Waffen in Krisengebiete“ abgewichen. Der Schock des Krieges habe nochmals vor Augen geführt, dass die Bundeswehr mit ihrer derzeitigen Ausstattung ihren Aufgaben nicht gerecht werden könne. Deshalb habe der Bundestag das Grundgesetz geändert und ein 100-Milliarden-Sondervermögen zur Ertüchtigung des Materialbestandes und der Ausrüstung beschlossen.

Als Folge des Krieges sei eine massive Energiekrise befürchtet worden, denn 55 Prozent des Erdgases seien bis 2021 aus Russland geliefert worden (2023: Import bei 0 Prozent). Man habe mit einem sog. „Wutwinter“ durch besorgte Bürger gerechnet. Dieser sei aber ausgeblieben, zum einen Dank des sparsamen Umgangs der Bevölkerung mit Energie und zweitens dank der Hilfe durch den Wirtschaftsstabilisierungsfond von bis zu 200 Mrd. Euro und weitere Maßnahmen des Bundes. Wolfgang Schmidt führte weiter aus, dass Krisenbekämpfung allein nicht reiche, um die Herausforderungen der Klima- und Energiekrise zu bewältigen. Es bedürfe eines Energieumbaus der Gesellschaft und der Wirtschaft und einer „Allianz für Transformationen“. Um diese Transformationen zu bewältigen, bräuchten wir bundesweit täglich eine Fläche von 43 Fußballfeldern mit Solarzellen und den Einbau von 1.600 Wärmepumpen sowie wöchentlich die Errichtung von 27 Windanlagen.

Um die Bearbeitung von Anträgen und eine bessere Kommunikation innerhalb der Verwaltung auf allen Ebenen zu etablieren, sei ein Digitalisierungsschub notwendig. Die Bundesrepublik hinke im Vergleich mit anderen Industriestaaten hinterher. Bei den rund 11.000 Kommunen und

16 Bundesländern, die alle mit unterschiedlicher Software arbeiteten, sei das eine immense Aufgabe.

Bei den vielen Staatskrisen weltweit sei aber in der Bundesrepublik etwas gelungen, was gesehen werden sollte: der Regierungswechsel von Kanzlerin Merkel zu Kanzler Scholz. Dies zeige „Demokratie ist möglich“. Das Thema Bundeswehr und Verteidigung wurde in den anschließenden Fragen immer wieder aufgegriffen. Einige brachten ihre Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass trotz des Sondervermögens keine Veränderung in der Beschaffung von Rüstungsgütern und Material festgestellt werden könne. Man habe den Eindruck, es werde wie immer Dienst nach Vorschrift gemacht. In seiner Antwort auf den Komplex „Bundeswehr“ führte Wolfgang Schmidt aus, dass es mehrere Ursachen für das derzeitige Ausrüstungsdefizit der Bundeswehr gäbe: Erstens seien zu viele Unterschriften notwendig, bis eine Entscheidung getroffen werde. Zweitens würden die Rüstungsgüter in einem „Manufakturverfahren“ hergestellt. Bis die Herstellung aber auf eine industrielle Produktion umgestellt sei, brauche es Zeit. Dabei seien Kooperationen mit den europäischen Partnern und die Berücksichtigung deutscher Betriebe bei der Vergabe im Auge zu behalten. Mit dem Bundeswehrbeschleunigungsgesetz würden Entscheidungen vereinfacht. Und der neue Verteidigungsminister stelle sich diesen Herausforderungen und mache seine Aufgabe gut.

Seit Beginn des Ukrainekrieges werde die Diplomatie medial diskreditiert. Man erwarte, dass das Bundeskanzleramt offensiver dagegenhalte, meinte ein Kollege. Der Kanzleramtsminister betonte, dass für die Regierung die Diplomatie eine hohe Bedeutung habe. Deshalb besuche der Kanzler auch viele außereuropäische Staaten, die

einen anderen Blick auf die Konflikte in Europa hätten. Diese hielten teilweise die Sicht Deutschlands und Europas auf den Ukrainekrieg für sehr europazentriert. Sie hätten andere Probleme, z. B. führten die Sanktionen gegen Russland in ihren Ländern zu höherer Staatsverschuldung durch Preissteigerungen der Waren, die das Land brauche. Bei seinen Auslandsbesuchen werde der Kanzler auch für eine Unterstützung seiner Deeskalationspolitik. Seine Reise nach China z. B. sei durch das klare Statement der chinesischen Führung „Atomwaffeneinsatz in der Ukraine nicht akzeptabel“ als erfolgreich zu werten, so Wolfgang Schmidt. „Wie bringt man Putin dazu, dass er den Krieg beendet?“, bleibe aber die entscheidende Frage.

Wolfgang Schmidt ging auch auf Fragen zum Thema Migration und Zuwanderung ein. Der Appell der Oberbürgermeister und Landräte an die Bundesregierung, die Zuwanderung zu begrenzen und mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, müsse doch gehört werden. Nach unserer Verfassung dürfe es aber keine Obergrenzen für Asylsuchende geben. Probleme bereiteten die unterschiedlichen Vorgehensweisen innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten. Nach den Dublin-Regeln seien die Staaten mit EU-Außengrenzen für die Asylanträge zuständig. Aufgabe der Bundesländer sei es, Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Für diese Aufgaben habe der Bund 2022 rund 15 Mrd. Euro zur Unterstützung der Länder geleistet. Erheblich beschleunigen und erleichtern würde das Verfahren, das durchschnittlich 7,7 Monate dauere, wenn die mehr als 600 Ausländerbehörden alle digitalisiert wären. Des Weiteren schließe man mit Herkunftsländern Migrationsabkommen, auch um Rückführungen zu erleichtern. Wir Europäer müssten uns für den „Heimatkontinent“ der Flüchtlinge mehr interessieren. Afrika werde von den Industriestaaten nur

© Veldt



Mitgliederversammlung im Großen Protokollsaal

bei Krisen und Katastrophen betrachtet. Es fehle die Wertschätzung der afrikanischen Union. Es sei auch nicht zeitgemäß, die deutsche Präsenz auf die Botschaften zu reduzieren, wurde von Ehemaligenseite eingewandt.

Klimakrise, Energieversorgung und Wohnungsbau wurden ebenfalls von den Kolleginnen zur Sprache gebracht. Nicht nur, dass nach wie vor Wohnungen fehlten, sondern auch im Altbauwohnungsbau gäbe es einen immensen Modernisierungstau. Das neue Gebäudeenergiegesetz solle dazu beitragen, dass wir auch im Gebäudebereich die Umweltbelastungen reduzierten. Aber es müsse sozial verträglich geschehen, so dass es auch für die Menschen leistbar sei, sagte der Minister. Da ein Großteil der Wohnungen in Deutschland mit Gas beheizt würde, musste nach dem Lieferstopp aus Russland schnell für Ersatz gesorgt werden. Für das Gas aus dem Ausland standen aber zunächst keine Importkapazitäten zur Verfügung. Bis die entsprechenden LNG-Terminals in Deutschland 2022 stark beschleunigt ausgebaut wurden, habe man auf Terminals in Holland und Belgien ausweichen müssen. Dem Einwand, dass manche Energieunternehmen die angespannte Lage zur Gewinnsteigerung nutzten und man dem mit einer Übergewinnsteuer begegnen sollte,

hielt der Minister entgegen, dass viele dieser Unternehmen ihren Sitz eben nicht in Deutschland hätten und somit nicht herangezogen werden könnten.

Eine Teilnehmerin wollte zu den Cum-Ex-Geschäften der Warburgbank Auskunft erhalten. Wolfgang Schmidt verwies darauf, dass ein Hamburger Untersuchungsausschuss den Fall untersucht habe und keine Zusammenhänge zwischen dem Steuerbetrug der Bank und Olaf Scholz feststellen konnte. Wenn nun die Unionsfraktion glaube, das Verhalten einer Landesbehörde untersuchen zu dürfen, stehe das mit der Verfassung in Konflikt.

Bei all den „großen“ Herausforderungen der Politik sollten aber innenpolitische Themen wie Gleichstellungspolitik (z. B. § 219a, § 218) nicht zu kurz kommen, ermahnten einige Mitglieder. Die Regierung betrachte Geschlechtergerechtigkeit als Prinzip ihres Handelns, betonte der Minister.

Marlene Rupprecht

Studientagung

Einflüsse des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik: Rolle der parl. Diplomatie

In Vorbereitung auf das Kolloquium der Europäischen Assoziation ehemaliger Abgeordneter von Mitgliedstaaten des Europarates (EA) fand am 24. April mit mehr als 20 Teilnehmenden unter Gesprächsleitung von Dr. Edith Niehuis eine Studientagung statt. Diese befasste sich mit dem Entwurf des EA-Berichterstatters, Valerio Calzelaio, übersetzt von Prof. Dr. Uwe Holtz. In dem Papier handelt es sich um eine Kombination aus zwei Themenbereichen: Klimawandel und parlamentarische Diplomatie.

Dr. Franz Josef Jung wies darauf hin, dass die Zahl der Klimavertriebenen inzwischen höher sei als die Zahl der in der „UN-Konvention von 1951 aus politischen Gründen registrierten Flüchtlinge“. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk berichtete über ein Projekt zur Aufforstung mit klimaresistenten Bäumen in Athen, bei dem sie beratend tätig war. Ein Beispiel dafür, wie ehemalige Abgeordnete hilfreich für die parlamentarische Diplomatie sein können.

René Röspel, ehemaliges Mitglied des Senats des Helmholtz Instituts, betonte die Rolle des Klimawandels vor allem in den Küstenregionen und in Nordafrika. Die Kommunen müssten finanziell gut ausgestattet werden, um dem Klimawandel zu begegnen und die Flüchtlingssituation zu beherrschen. Die Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika müsse gestärkt werden.



Edith Niehuis, Wilmya Zimmermann und Dr. Renate Hellwig regten an, die Rolle der parlamentarischen Diplomatie zu konkretisieren. Bedenken solle man, dass in Deutschland jede(r) 4. Einwohner(in) einen Migrationshintergrund habe. Deshalb sei eine Stärkung der Bildung und der Zusammenarbeit der Jugendämter und Schulämter für Flüchtlingskinder notwendig. Für Peter Bleser ist parlamentarische Diplomatie identisch mit parlamentarischem Austausch. Er wies auf die zahlreichen Kriege, wie z. B. in der Ukraine, und auf die aus politischen Gründen geflohenen Menschen.

Prof. Dr. Karl Lamers erinnerte an den Spruch Angela Merkels „Abhören unter Freunden geht gar nicht“. Er wünscht direkte Gespräche unter den Abgeordneten. Die weltweit vernetzten Parlamentarierorganisationen, wie die Parlamentarische Versammlung der NATO, seien ein gutes Sprachrohr zur Verständigung und auch fähig zur Einflussnahme.

Diskussion entstand bei der Frage, an wen das Papier gehen soll. Ernst Burgbacher schlug vor, es im Europaausschuss zu diskutieren. Detlef Dzembitzki meinte, der Eindruck entstehe, dass in manchen Organisationen die Probleme vor allem verwaltet werden (UN). Darauf erwiderte Uwe Holtz, dass die Deklarationen der EA

allen nationalen Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden würden. Außerdem gäbe es einen weiten Verteilerkreis. All dies sei aber kein Ersatz für die Aktivitäten der ParlamentarierInnen im eigenen Land. Er schilderte an Beispielen, wo sich parlamentarische Diplomatie als erfolgreich erwiesen habe. So z. B. habe die IPU in Guatemala getagt; sie und auch die deutsche Delegation haben zur Wiederaufnahme von Kontakten zwischen Nicaragua und Costa Rica beigetragen. Auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates habe Themen der EA aufgegriffen. Die Deklarationen seien zudem an politische Stiftungen gegangen, ebenso an die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Kulturpolitik; sie sind in parlamentarische Partnerschaften getragen worden. „We, the people“ so beginnt die UN Charta, ergänzte Uwe Holtz. Wir brauchen die parlamentarische Dimension im System der Vereinten Nationen. Der Europarat und seine „Beratende Versammlung“, habe sich von einer lediglich beratenden zu einer „Parlamentarischen Versammlung“ mit Entscheidungsrechten entwickelt. Das könnte Vorbild sein.

Edith Niehuis ergänzte, dass die UN regierungslastig sei. Da müsse eine parlamentarische Versammlung vorgesehen werden. Beim Thema Klima sei jedes Land betroffen. Sich konkret darum zu kümmern, wären Sternstunden der Abgeordneten, z. B. in Verbindung mit Delegationsreisen. Das sei ein wichtiges Feld für parlamentarische Diplomatie. Sie betonte außerdem die Rolle der 21 unterschiedlichen Länder in der Europäischen Assoziation, die diese gemeinsame Deklaration, nach der Schlussberatung im Herbst, herausbringen werden. Das sei eine große Leistung und gelungene parlamentarische Diplomatie.

Elisabeth Altmann

Herausforderungen für die Demokratie

Tagung der Europäischen Assoziation in Paris

Die Europäische Assoziation ehemaliger Abgeordneter von Mitgliedsstaaten des Europarats (EA) tagte am 23./24. Februar in Paris. Unsere Vereinigung wurde vertreten durch den EA-Ehrenpräsidenten Prof. Dr. Uwe Holtz und Roland A. Kohn. Die Tagung begann mit dem Seminar „Die Herausforderungen der repräsentativen Demokratie“.

Wesentliche Aussagen

Die Folgen der Globalisierung für Wirtschaft und Migration, Corona und der Krieg Russlands gegen die Ukraine bringen eine höhere Komplexität und Herausforderung von und für Regierungsentscheidungen mit sich.

Der Anstieg eines Verschwörungswahns („Komplotismus“) ist virulent. Er begünstigt „soziale Netzwerke“ mit radikaleren und simplifizierenderen Erklärungen und Auseinandersetzungen. Dies geht mit einer Ablehnung realer Fakten einher, sät Misstrauen gegenüber den Eliten, bedroht die Demokratie, den Zusammenhalt der demokratischen Gesellschaften und spaltet sie. Allgemeines Misstrauen gegenüber den Gewählten, massive Wahlenthaltung und Schwierigkeiten der Kandidatenfindung für bestimmte Wahlen wie auch Krisen politischer Parteien sind zu beklagen.

Autoritäre Regime und Versuchungen nehmen zu; Demokratien erodieren und verlieren an Vertrauen. Ein Impulsgeber meinte, Demokratien älter als 40 Jahre blieben auch bestehen; neue Demokratien, wie Serbien, Ungarn, Türkei und Polen, orientierten sich an neuen Autoritarismen.

Die alten Ideologien (Kapitalismus/Sozialismus) werden durch den Kampf zwischen totalitären

und demokratischen Systemen ersetzt/ergänzt. Neue Technologien erleichtern eine um sich greifende „Informationsverschmutzung“. Roland A. Kohn verwies auf die Bedrohung rationaler Diskurse durch PolitikerInnen wie Kellyanne Conway, Beraterin von Donald Trump, „alternative“ Fakten in die politische Debatte eingeführt habe. Solche Scheinargumente zerstören die Fundamente der vom echten Meinungsstreit lebenden freiheitlichen Demokratie.

Wichtige Schlussfolgerungen

Wir brauchen einen immer wieder zu überprüfenden Leitfadens zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Demokratie.

Bei Anerkennung der Tatsache, dass es unterschiedliche Ausprägungen von Demokratie gibt, wurde die Demokratie als Verfassung der Freiheit nicht infrage gestellt.

Die repräsentative Demokratie kann vorrangig durch neue Formen der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Entscheidungsfindungsprozesse, Politische Bildung und Medienkompetenz gestärkt werden.

*

Am nächsten Tag wurde die Tagung mit Sitzungen des Vorstandes und der Generalversammlung fortgesetzt.



Tagungsort Palais Bourbon

Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Neufassung der EA-Satzung und der Geschäftsordnung. Außerdem wurden der Jahresabschluss sowie die Budget-Planung für 2023 (rd. 50 Tsd. EUR) beraten und beschlossen.

Daneben wurde der 2. Deklarationsentwurf für das EA-Kolloquium (September in Lugano) zum Thema „Einflüsse des Klimawandels auf Migration und Sozialpolitik: Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ diskutiert, wobei Prof. Dr. Uwe Holtz für die von unserer EA-Arbeitsgruppe erarbeiteten Positionen und Vorschläge warb. EA-Berichterstatler Valerio Calzelaio (I) hat einige wesentliche davon in seinem 3. Deklarationsentwurf berücksichtigt.

Eine von Dr. Walter Schwimmer (A) vorgelegte „Deklaration“ zum Jahrestag des russischen Krieges gegen die Ukraine führte zu einer hitzigen Debatte. Roland A. Kohn übte massive Kritik an dem von Dario Rivolta (I) vertretenen russischen Narrativ, USA und NATO seien verantwortlich für den Angriffskrieg Russlands. Bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen setzte sich der Antrag durch – mit einer von uns eingebrachten Ergänzung, in der Russland aufgefordert wird, den Krieg gegen einen souveränen Staat sofort zu beenden (zur „Deklaration Ukraine“ siehe <https://www.fpap-europe.org>).

Uwe Holtz / Roland A. Kohn

70 Jahre Volksaufstand der DDR

Was damals geschah

„Wir können stolz sein auf diesen Tag und das, was die Ostdeutschen gezeigt haben. Ohne ihren Mut hätte es weder den 17. Juni 1953 noch den 9. November 1989 gegeben. Der kleinere, bedrängtere Teil hat für das Ganze Geschichte geschrieben.“ (Egon Bahr)

Das Ende des 2. Weltkrieges lag keine 10 Jahre zurück und der Kalte Krieg wurde immer heftiger ausgetragen. Da kam ein Volksaufstand in der DDR beiden Seiten gerade recht. Im Westen konnten die Westalliierten und die Adenauer-Regierung den Vorgang zu ungehemmter antisowjetischer und antikommunistischer Propaganda nutzen sowie ihre Wiederaufrüstungsvorhaben und die Integration der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis vorantreiben. Im Osten diente der Aufruhr den Staatsorganen zu weiteren umfassenden Restriktionen und zum weiteren Ausbau des gesamten militärischen und paramilitärischen Macht- und Sicherheitsapparates.

Eine genauere wahrhaftigere historische Bewertung des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR war

über Jahrzehnte nicht möglich. Das jeweilige politische Umfeld prägte seine einseitige Deutung der Ereignisse. In der ehemaligen DDR wurde der Volksaufstand von 1953 jahrelang als „faschistische Provokation“ verteufelt. Im Westen wurde der 17. Juni als „Symbol der deutschen Einheit in Freiheit“ definiert und zum gesetzlichen Feiertag (Tag der deutschen Einheit) erklärt. Nach und nach wurde der Sinn dieses Feiertages im Westen später aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt und war nur noch ein willkommenes Frei-Tag geworden. Viele Menschen hatten sich an die Teilung Deutschlands gewöhnt.

Die tiefgreifende wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise der DDR 1953 ist unübersehbar, viele Menschen flüchten in den Westen. Der Tod Stalins im März 1953 nährt Hoffnungen auf Verbesserungen. Doch die SED-Führung reagiert im Mai mit der Erhöhung der Arbeitsnormen um 10,3 Prozent bei aber gleichbleibenden Löhnen, alles bis zum 30. Juni, dem 60. Geburtstag Walter Ulbrichts.

So absurd wollte das SED-Zentralkomitee den wirtschaftlichen Schwierigkeiten begegnen. Dagegen beehrten zuerst in Ost-Berlin die Bauarbeiter auf den Großbaustellen in der Stalinallee und im Krankenhaus Friedrichshain auf, was sich dann rasch über die gesamte DDR ausbreitete. Heute ist sicher, dass sich in über 700 Städten und Gemeinden etwa eine Million Menschen beteiligten. Sie forderten nicht mehr allein die Rücknahme der Normenerhöhung, sondern auch freie Wahlen, die Wiedervereinigung, die Ablösung Ulbrichts und Freiheit für alle politischen Gefangenen. Schon damals ein echter Volksaufstand in der DDR!

Die Westmächte und die Bundesrepublik wurden davon überrascht, so der Zeitzeuge Egon Bahr. Als damaliger Chefredakteur des Rundfunk Im Amerikanischen Sektor (RIAS) sollte er nach dem Wunsch einer Abordnung der streikenden Bauarbeiter über „seinen“ Sender zum Generalstreik aufrufen. Das ging natürlich nicht: Zum einen konnte ein amerikanisch gelenkter Sender nicht zum Generalstreik in der Zone einer anderen Besatzungsmacht aufrufen. Und zum anderen waren die USA keineswegs bereit, für ein geeintes Deutschland irgendein militärisches Abenteuer einzugehen, solange ihre eigenen Besatzungsrechte nicht bedroht waren. Aber immerhin hat Egon Bahr die Hauptforderungen der Bauarbeiter über den RIAS verbreiten lassen. Er musste später einräumen, dass so der RIAS, ohne es zu wollen und ohne es zu wissen, auf diese Weise zum Katalysator des Aufstandes geworden war.

Auch wenn sowjetische Panzer diesen ostdeutschen Volksaufstand niederwalzten, wissen wir heute, dass ohne den von den Sowjets verhängten Ausnahmezustand und ihr massiv brutales Eingreifen das Ulbricht-Regime schon damals am Ende gewesen wäre. Auch wissen wir heute, dass die Westalliierten kein Interesse an einem (neutralen?) deutschen Gesamtstaat hatten und auch dass der damalige Bundeskanzler Adenauer sich nur halbherzig solidarisierte. Im Bundestagswahlkampf 1953 war ihm zuvorderst daran gelegen, die Westintegration der Bundesrepublik und deren NATO-Beitritt voranzutreiben. Dass aber das breite Aufbegehren in der DDR ein Weckruf und ein Vorbild für viele spätere Freiheitsbewegungen im sowjetischen Einflussbereich geworden war, wissen wir heute.

Klaus Uwe Benneter



© Thomas Käser

Gedenktafel im Bundesfinanzministerium

Interview mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

Anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der DDR fand eine Gedenkveranstaltung statt. Welche Lehren sollten wir aus der Geschichte des Volksaufstandes für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie in unserem Land ziehen?

Die Gedenkstunde im Plenarsaal hat mich tief bewegt, weil unter uns zahlreiche Menschen waren, die die damaligen Ereignisse selbst erlebten und bereit waren, ihre Erinnerung mit uns zu teilen. Der Aufstand und seine brutale Niederschlagung haben das Leben vieler Menschen schmerzhaft geprägt. Der Volksaufstand erfasste das ganze Land und alle Schichten: Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern oder auch Angestellte forderten friedlich Freiheit und Einheit. Dieser mutige Akt in einer Diktatur war von universaler Bedeutung für Ost und West. Und bis heute verdeutlicht er, welchen kostbaren Schatz wir mit unserer freiheitlichen Demokratie haben.

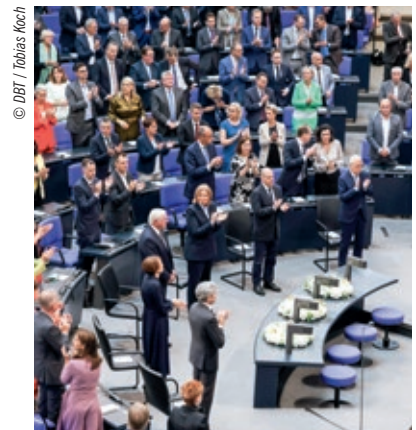
Die Erinnerung an die Menschen, die ihr Leben für Freiheit und Demokratie riskiert und verloren haben, ist wichtig. Wie kann Politik und insbesondere der Deutsche Bundestag dazu beitragen, die Bedeutung dieses historischen Ereignisses für kommende Generationen zu bewahren?

Es muss uns gelingen, zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart lebendige Bezüge herzustellen. Dann sind Gedenktage für Erinnerung und Zusammenhalt der Gesellschaft bedeutsam. Wir im Deutschen Bundestag wollten dem Volksaufstand ein Gesicht geben. Wenn wir heute Berichte der Zeitzeugen hören, können wir deren Beweggründe und Erlebnisse nachvollziehen. Ich bin überzeugt, dass man auf diese Weise auch junge Menschen erreichen und dazu bewegen kann, aus dem Geschichtswissen praktische Konsequenzen für das eigene Handeln zu ziehen. Wir leben zwar in einer gefestigten Demokratie, aber wir

dürfen sie nicht für selbstverständlich halten. Wir müssen sie gegen Populismus, Hass und Hetze verteidigen. Und wir müssen Menschen unterstützen, die – wie aktuell z. B. in der Ukraine, im Iran – für Freiheit und Demokratie kämpfen.

Wie hat sich politische Partizipation seit 1953 entwickelt und welche Herausforderungen bestehen heute in Bezug auf die aktive Teilnahme der Bürger am demokratischen Prozess?

Die Situation von 1953 in der kommunistischen Diktatur der DDR lässt sich mit unserem freiheitlichen Rechtsstaat nicht vergleichen. 70 Jahre nach dem Volksaufstand und mehr als 30 Jahre nach der friedlichen Wiedervereinigung haben die Menschen vielfältige Möglichkeiten politischer Teilhabe. Es gibt politische Parteien und gesellschaftliche Initiativen, die sich in die Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einbringen, für ihre Anliegen auf der Straße demonstrieren und im Netz werben. Aber es ist nicht alles ideal. Seit Jahren sinkt die Wahlbeteiligung, Umfragen zeigen Unzufriedenheit und Vertrauensverlust von Institutionen. Diese Politikverdrossenheit führt dazu, dass Menschen sich zurückziehen, sich nicht mehr beteiligen oder gar radikalisieren. Das ist ein ernsthaftes Problem für unsere Demokratie. Ich frage mich schon länger, wie erreicht die Politik wieder mehr Menschen? Gerade auch die Menschen, die sich von der Politik abgewandt haben. Wir sollten noch mehr auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen und signalisieren: Politisches Engagement lohnt sich! Um neue Wege und Instrumente der politischen Teilhabe auszuprobieren, hat der Deutsche Bundestag den ersten Bürgerrat dieser Wahlperiode eingesetzt, der im Herbst seine Arbeit aufnimmt. Ein wichtiger Aspekt der Bürgerräte ist, dass sie zwar zufällig, aber zugleich möglichst repräsentativ zusammengesetzt sind. Sie geben Menschen, deren Anliegen selten zur Sprache kommen, eine Chance, gehört zu werden.



Gedenkfeier im Bundestag, 16.6.2023

In der Arbeit der Bürgerräte sehe ich eine Ergänzung und Inspiration für unser parlamentarisches System.

Die Proteste am 17.6.1953 standen für Freiheit und Demokratie. Wie stellen wir sicher, dass diese Werte in der Gesellschaft fest verankert bleiben und die Menschen ihre Stimme nutzen, diese gegen die Feinde der Demokratie zu verteidigen?

Unsere Demokratie mit ihren Institutionen hat sich bewährt und ist stabil. Damit es so bleibt, müssen wir alle – Politik und Gesellschaft – uns täglich für den Rechtsstaat und seine Werte, für die Einhaltung der demokratischen Spielregeln und gegenseitigen Respekt einsetzen. Wir alle stehen in der Verantwortung, unser demokratisches Gemeinwesen zu schützen. Und wenn wir auf die politische Weltkarte blicken und ein Erstarken von autoritären Regimen und Tendenzen in vielen Regionen wahrnehmen, dann sind solche historischen Vorbilder wie die mutigen Menschen in der DDR 1953 und 1989 extrem aktuell!

Kontakttreffen mit Ehemaligen der Länderparlamente

Besuch Abgeordnetenhaus von Berlin



Gisela Greiner, Rainer Brüderle, Dr. Alfred Beth, Carmen Niebergall, Bernd Busemann, Volker Pöhler (oben v. l. n. r.), Dietrich Wersich, Eberhard Hoppe, Dr. Barbara Höll, Dorothea Henzler, Wolfgang Kiéck (unten v. l. n. r.)

Am 23.6.2023 trafen sich Vertreter und Vertreterinnen der Vereinigungen ehemaliger Mitglieder der Landtage nun bereits zum 13. Mal in Berlin. Unter der Leitung von Bundesminister a. D. Rainer Brüderle versammelten sich zehn Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus acht Bundesländern (BE, HH, HE, MV, NI, RP, ST, TH) im Abgeordnetenhaus zu einer Führung, so auch die ehemalige Parl. Geschäftsführerin der CDU-Fraktion Gisela Greiner, die dort von 1991 bis 2001 als Abgeordnete tätig war. Unter den Teilnehmern war auch Wolfgang Kiéck, Mitbegründer der Ehemaligen-Vereinigung in Ham-

burg und Teilnehmer des ersten Kontakttreffens in Berlin. Dr. Alfred Beth wird im kommenden Monat sein Amt als Präsident seiner Vereinigung (Hessen) nach 12 Jahren abgeben.

Die Gäste nahmen Platz im Plenarsaal und besichtigten u. a. die Wandelhalle, den Festsaal und die Galerie der Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürger (sie umfasst derzeit 57 Porträts). Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist ein „offenes Haus“ und kann daher von jedermann zu den Öffnungszeiten besichtigt werden. Die Dauerausstellung im Foyer des Hauses bietet Besuchern und Besucherinnen nicht nur einen Überblick über die historischen Ereignisse seit der Eröffnung des Preußischen Landtages im Jahre 1899, sondern skizziert auch die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Preußen, in Deutschland und in Berlin von Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Zugleich gibt sie einen Einblick in die heutige Funktion des Hauses als Dienstsitz des Landesparlaments von Berlin und beleuchtet die Rolle Berlins als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands.

Im Anschluss an die Führung kamen die Gäste in der Deutschen Parlamentarische Gesellschaft

zusammen. Bei einem gemeinsamen Mittagessen tauschten sich die Anwesenden über die Arbeit ihrer Vereinigungen aus. Während in den Ehemaligen-Vereinigungen von Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt auch aktive Abgeordnete Mitglied sein können, besteht die Mitgliedschaft in den anderen Bundesländern größtenteils ausschließlich aus ehemaligen Parlamentsmitgliedern. Unterschiedlich ist auch die Unterstützung durch die Länderparlamente. So erhalten einige Vereinigungen einen finanziellen Beitrag oder werden durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Personal unterstützt, während andere ganz ohne auskommen müssen oder wollen. Die Veranstaltungen der Vereinigungen werden insbesondere durch länderspezifische Themen geprägt, die Mitglieder bereisen aber auch andere Bundesländer.



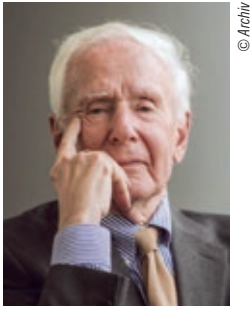
Abgeordnetenhaus von Berlin

In dem Gespräch ging es auch um Themen wie Mitgliedergewinnung oder Aufnahme neuer Mitglieder. Carmen Niebergall, Stv. Vorsitzende der Parl. Vereinigung von Sachsen-Anhalt, berichtete zudem über den Beschluss der Mitgliederversammlung, das Wissen und die Erfahrung der Mitglieder in die Schulen zu tragen. Sie hat dafür ein Konzept entwickelt und steht dazu auch im Austausch mit der Bildungsministerin ihres Landes. Über die große Bedeutung dieser Aufgabe sind sich alle Anwesenden einig, aber auch darüber, dass in Schulen keine Parteipolitik gemacht werden dürfe.

Carmen Pägelow



Wandelhalle



© Archiv

Wir gratulieren zum 95. Geburtstag

Interview mit Dr. Klaus von Dohnanyi

Sie hatten zahlreiche herausragende politische Ämter inne. Welche war Ihre herausforderndste Aufgabe?

Die Aufgaben waren ja sehr verschieden: Als beamteter Staatssekretär 1968 im Bundesministerium für Wirtschaft die Führung eines Teils dieser großen Behörde zu übernehmen, ohne dort aufgestiegen zu sein, war schon als solches nicht einfach. 1969 wurde ich in den Bundestag gewählt und wechselte in die Führung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Hier galt es, dem überbordenden Reformdrang zu einer vernünftigen, machbaren Durchsetzung zu verhelfen; in keinem Bereich war damals, in den sogenannten „68er“-Jahren, die Gesellschaft so zerstritten zwischen Beharrung und Erneuerung, und dieser Riss ging auch mitten durch die SPD. Da vertraten auch Willy Brandt und Helmut Schmidt nahezu unvereinbare Positionen – schließlich war Letzterer mit Loki verheiratet, einer Volksschullehrerin der alten Generation. Als Staatsminister im Auswärtigen Amt (ab 1976) hatte ich vordringlich mit Europa zu tun, und auch hier waren die Brücken zwischen deutschen Idealisten und der Realität in Europa oft sehr, sehr lang, aber mein Interesse an Außenpolitik und dem europäischen Bauwerk ließen mich in den späten nächtlichen Verhandlungen in Brüssel nie erlahmen. Und dann 1981 Hamburg, meine Geburtsstadt. Trotz der Zerrissenheit der Führungspartei SPD war das meine schönste und ergiebigste Zeit in der aktiven Politik. Es gibt keine interessantere politische Arbeit als die des Bürgermeisters eines deutschen Stadtstaats: Die unmittelbare Sicht auf das, was man richtig, und auf das, was man auch falsch gemacht hat. Zugleich hat man dennoch die Aufgaben eines Landesvaters und bleibt der „großen“ Politik verbunden über den Bundesrat.

Was mir überall geholfen hat, das waren meine früheren Erfahrungen außerhalb der Politik, die Jahre in der Ford Motor Company und als geschäftsführender Gesellschafter des Marktforschungsunternehmens Infratest. Allerdings: Entscheidungen viele Jahre in eigener Verantwortung zu treffen und nun immer den notwendigen Blick auf Fraktionen und Wähler im Auge zu behalten, das musste dann auch erstmal gelernt werden.

Sie waren Beauftragter der Treuhand, die bei Ostdeutschen noch heute negative Assoziationen hervorruft. Wie beurteilen Sie die Rolle der Treuhand für den Transformationsprozess?

Ich begann meine Arbeit als Aufsichtsratsvorsitzender des Maschinenbau-Kombinats Takraf mit seinen vielen Einzelteilen und einer Belegschaft von nahezu 30.000 Mitarbeitern eigentlich nicht im Auftrag der Treuhand. Etwa im März 1990 bat mich die Leitung, die Führung bei der Neuausrichtung zu übernehmen. Ich hatte kurz zuvor ein in der „noch“-DDR viel gelesenes Buch geschrieben („Brief an die Deutschen Demokratischen Revolutionäre“), in dem ich mich in den dortigen Streit zwischen Vereinigung und Sonderweg der DDR einmischte. Mein Votum darin für die Vereinigung im Interesse der Bürger und Bürgerinnen der damaligen DDR hatte die Kombinatführung wohl veranlasst, mich aufzusuchen. Aber ich hatte keine Illusionen über den langen und schmerzhaften Weg der Vereinigung. Später wurde meine Tätigkeit dann in die Treuhand einbezogen, und ich denke, dass die Treuhand im Großen und Ganzen gute Arbeit geleistet hat. Dass jedoch die für Viele sehr schmerzhaften Veränderungen lange Nachwirkungen haben würden, konnte man voraussehen. Und darüber habe ich dann in meinem zweiten Buch zum Thema Vereinigung, „Das Deutsche Wagnis“ (1990), eingehend geschrieben. Schauen wir nur nach Schottland oder in den

US-amerikanischen Süden, um zu verstehen, wie lange diese Gefühle fort dauern können.

Ihr Buch „Nationale Interessen. Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche“ stellt einen wichtigen Debattebeitrag zur Innen- und Außenpolitik Deutschlands dar. Was sind die größten Herausforderungen Deutschlands in den nächsten Jahren?

Das mit Abstand größte Problem ist der Klimawandel. Von dort drohen der menschlichen Existenz die größten Gefahren. Aktuell stehen natürlich die Folgen des Ukrainekrieges im Vordergrund. Aus diesem Krieg könnte auch ein Flächenbrand entstehen, und den zu vermeiden, ist jetzt die vordringliche Aufgabe der Politik. Ich bin leider zutiefst überzeugt, dass der Krieg hätte vermieden werden können, wenn man Russlands begründete Besorgnis wegen eines immer weiteren Vordringens der Nato an die russischen Grenzen berücksichtigt hätte, wie auch viele bestinformierte USA-Politiker warnend forderten. Es war aus meiner Sicht ein unverzeihlicher Fehler Präsident Bidens, und damit des Westens insgesamt, im Dezember 2021 Russlands Forderungen, über diese Frage zu verhandeln, abzulehnen. Henry Kissinger ist nicht der einzige Staatsmann auf Seiten der USA, der deswegen eine Mitverantwortung des Westens an Putins Angriffskrieg erkennt.

Mein Leben vor, zwischen und nach dem Bundestag

Marion Seib

Eigentlich müsste die Überschrift heißen „Rekordhalterin im Nachrücken in den Deutschen Bundestag“. Zum ersten Mal nachgerückt bin ich 1996 in der Regierungszeit Kohl in Bonn. Zum zweiten Mal nachgerückt bin ich 2002 in der Regierungszeit Schröder in Berlin. Zum dritten Mal nachgerückt bin ich 2007 in der Regierungszeit Merkel. Die Zeiten vor, zwischen und nach der Mandatsübernahme in Gänze zu betrachten, würde den Rahmen hier sprengen.

Vor der ersten Mandatsübernahme war ich als exzellent ausgebildete Diplom-Verwaltungswirtin (FH) in der Sozialverwaltung und bei Gericht tätig. Ich war damals, weil 1978 als jüngste bayerische Kreisrätin gewählt, schon zwanzig Jahre Kommunalpolitikerin, berufstätige Mutter im familieneigenen Betrieb und Vorsitzende des mit über 850 Mitgliedern größten Sozialvereins meiner Heimat. Dies bedeutete da-

mals, ehrenamtlich die Leistung zu erbringen, die eigentlich ein Pflegestützpunkt hätte hauptamtlich erbringen sollen. Dieser war damals noch nicht vorhanden.

Spannend wurde es nach Verlust des Mandats 1998. Zwar hatte ich nach zwanzig Jahren die Kommunalpolitik aufgegeben. Aber es kamen neue Aufgaben auf mich zu. Nachdem ich als Vorsitzende des Vereins für ambulante Krankenpflege die Strukturen in meiner damaligen Heimat grundlegend organisatorisch erneuert und finanziell an die neue Zeit angepasst habe, wurde ich zur Kreisvorsitzenden des Kreis-Caritasverbandes gewählt, um dort ebenfalls strukturelle und organisatorische Anpassungen umzusetzen. Dies waren sehr strapaziöse Jahre. Gleichzeitig galt es in unserem Betrieb wieder, die wegen des Nachrückens aufgebene Position als kaufmännische Leiterin in die Hand zu nehmen.

Kaum war alles bewältigt, schieden Kollegen aus dem Bundestag aus und ich war wieder Abgeordnete. Diesmal in der Opposition. Das hoch spannende Feld der Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und der Bologna Prozess haben mich bereichert. Zeitgleich mit der Mandatsübernahme fand der Familienumzug nach Würzburg, meine Geburtsstadt und Sitz unseres Familienunternehmens, statt. Das bedeutete für mich als Listenabgeordnete auch den Wechsel des BWK. Die vorzeitige Auflösung des Bundestages 2005 war ein erneuter Tiefschlag. Zum zweiten Mal habe ich das Mandat verloren, Büros geschlossen und alles neu sortiert und organisiert. Diesmal galt es, zuhause den Familienbetrieb beim Verkauf unseres Ingenieurbüros mit ca. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf dem internationalen Markt zu begleiten und die Firma verändert aufzustellen. Die Notwendig-

keit eines neuen Engagements ergab sich, als ich um Hilfe für die Wärmestube, ein Projekt der Obdachlosenhilfe, angesprochen wurde. Rasch war ich Vorsitzende des Fördervereins und die wenige freie Zeit musste gut eingeteilt werden.

Im November 2007 rückte ich erneut in den Bundestag nach. Wieder galt es, Mitarbeiter zu finden oder zu halten und ein Büro aufzubauen, das funktionsfähig war. Dies, sowie eine mir unverständliche Personalentscheidung und inhaltliche Differenzen zu meiner Partei waren dann der Grund, auf weitere Kandidaturen für den Bundestag und in der Partei zu verzichten. Deshalb bin ich 2009 zum dritten Mal und damit endgültig aus dem Bundestag ausgeschieden. Sehr gerne habe ich anschließend den Vorsitz des gemeinnützigen Vereins Adam Stegerwald Kreis e. V. übernommen. Galt es doch, die Gründungsidee Förderung der sozialen Marktwirtschaft weiter zu entwickeln zur Zukunftsidee der globalen ökologisch-sozialen Marktwirtschaft. Diese Aufgabe müssen nun Jüngere weiter verfolgen und mit Leben füllen. Jetzt hoffe ich darauf, möglichst viel Zeit mit unserem Enkelkind verbringen zu können.

Es freut mich außerordentlich, dass heuer meine ehrenamtlichen Leistungen für das Gemeinwohl nach den vielen Jahren des Einsatzes vor und für Jahrzehnte anerkannt werden. Auf Vorschlag des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder hat am 16.12.2022 Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Urkunde unterzeichnet, mit der mir das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen wird. Die Überreichung fand am 30. Juni 2023 statt. Zwei Stunden vor der Eröffnung des Kilianifestes, des größten Volksfestes in Unterfranken. Ein Schelm ist, wer hier Böses dabei denkt.



© Angelika Gromauer

Marion Seib und MdB Paul Lehrieder

Leidenschaft für Umweltschutz und Liebe zum Recht

Prof. Dr. Hermann Ott

Wie geht es jemandem, der gegen seinen Willen aus dem Bundestag fliegt? Nun, für mich fühlte es sich an wie ein Sturz aus dem ICE bei 250 km/h. Danach lag ich irgendwo in der Landschaft und musste erstmal checken, ob noch alles an mir dran war. Versuchte, mich zu orientieren – wo war ich gelandet? Wo wollte ich eigentlich hin? Gab es einen anderen Weg dorthin? Oder sollte ich mir ein neues Ziel suchen?

Ich war 2009 nicht in den Bundestag gegangen, um dort auf ewig zu bleiben. Doch auf zwei bis drei Legislaturperioden hatte ich mein Engagement schon ausgelegt. Ich wollte ja wirken. Für Klima- und Umweltschutz, für eine Politik der Nachhaltigkeit. Als juristischer Referendar bei der Europäischen Kommission und dem Umweltprogramm der UNO hatte ich meine Berufung gefunden: Die Verbindung meiner Leidenschaft für den Umweltschutz mit der Liebe zum Recht und vor allem dem Völkerrecht. Das hatte ich zunächst als Anwalt in Berlin, dann am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie in die Tat umgesetzt.

Doch nach einigen Jahren der Forschung und Politikberatung war ich unzufrieden geworden mit der Rolle des Wissenschaftlers. Ich wollte selbst gestalten, mich aktiv einmischen. Die Eröffnung eines Büros für das Wuppertal Institut in Berlin brachte mich in Kontakt mit der Politik und ein paar Jahre später war ich selbst Politiker und für den Wahlkreis Wuppertal Teil der grünen Fraktion im Bundestag. Tatsächlich betrachte ich das politische Mandat weniger als Beruf, sondern vielmehr als Berufung. Diese Berufung hat natürlich zwei Gesichter: positiv die fantastischen Einblicke in Politik und Gesellschaft, das Gefühl von Wirkungsmacht und die Begegnungen mit außergewöhnlichen Menschen. Negativ die schier unglaubliche Arbeitsbelastung mit der entsprechenden Vernachlässigung von Familie, Freundinnen und

Freunden. Und auch das Gefühl, immer zu wenig zu tun. Das regulierte sich danach wieder ein.

Aber ich hatte ja einen Grund gehabt, von der Wissenschaft und Politikberatung in die Politik zu gehen. Das war mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag nicht verschwunden. So verlagerte sich meine politische Tätigkeit in den gesellschaftlichen Bereich. In der Enquete-Kommission des Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hatte ich realisiert, dass ein gutes Leben von Menschen auf diesem Planeten mit immerwährendem wirtschaftlichem Wachstum nicht vereinbar ist. So gründete ich neben der Tätigkeit am Wuppertal Institut, wohin ich 2014 zurückgekehrt war, mit einer engagierten Gruppe eine „Zivile Enquete“ Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität.

2016 vergrößerte ich mein zivilgesellschaftliches Engagement und wurde Mitglied im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings (DNR), einem Zusammenschluss von ca. 100 Organisationen im Bereich von Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Im gleichen Jahr nahm ich auch eine Honorarprofessur an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde an. Anfang 2018 kam es dann zu einer Begegnung mit dem irisch-amerikanischen Anwalt James Thornton, die seitdem mein berufliches Leben prägt. Er hatte zehn Jahre zuvor in London die Organisation „ClientEarth“ gegründet. Die Idee: Umwelt, Natur- und Klimaschutz mit rechtlichen Mitteln voranzutreiben. In Europa gab es den Ansatz einer „strategischen Prozessführung“ bis dahin nicht.

Aus dem Gespräch wurde ein Engagement und seit Ende 2018 baue ich für ClientEarth die Organisation in Deutschland auf. Mit jetzt zwanzig Mitarbeitenden in Berlin sind wir in den letzten Pandemie Jahren sehr schnell gewachsen. Mit Juristinnen und Juristen aus sehr unterschiedlichen Rechtsbereichen setzen wir uns für einen schnell-



leren Kohleausstieg ein, wollen den Aufbau einer überdimensionierten Gas-Infrastruktur verhindern, gehen gegen eine industrialisierte Landwirtschaft vor und unterstützen Investoren dabei, ihre Unternehmen auf einen klimafreundlichen Kurs zu bringen. Völkerrechtlich unterstützen wir kleine Inselstaaten vor internationalen Gerichten, um die klima-, umwelt- und menschenrechtlichen Pflichten vor allem von großen Industriestaaten zu klären.

Oft werde ich gefragt, in welchen meiner Berufe ich meine, den größten Einfluss (gehabt) zu haben. Dann sage ich: jetzt. Denn das Recht erscheint mir im Moment als das effektivste Mittel, um die Welt von ihrem zerstörerischen Kurs abzubringen. Um Regierungen, Behörden und Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Und um den Bürgerinnen und Bürgern die Mittel an die Hand zu geben, für ihre Zukunft und die ihrer Kinder zu kämpfen.

Personalien



© Grüne Bundestagsfraktion

Irmgard Schewe-Gerigk (rechts) und die frauenpol. Sprecherin Ulla Schauws

keit der Vergewaltigung in der Ehe, das aus der Opposition heraus gegen die Mehrheit von CDU/CSU und FDP durchgesetzt wurde. Dies sei nur durch das engagierte und mutige Verhalten der Frauen aller Fraktionen möglich geworden, lobte sie die Bedeutung derartiger Bündnisse gerade bei den Themen wie Selbstbestimmung oder Gewaltschutz.



© Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dr. Barbara Höll (rechts) und die Stv. Fraktionsvorsitzende Dr. Gesine Lötzsch

schwierigen Jahre im Bundestag – kurz zuvor noch als Hoffnungsträger der DDR gehandelt, wurde er zum geächteten Abgeordneten. Umso beeindruckender sein Bemühen um einen respektvollen Umgang mit der Lebensleistung der Menschen in der DDR.

Wie die Klimakrise das Leben der Menschen verändert, darüber diskutierten die Gäste bei *hart aber fair* am 30.1.2023, darunter die Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie **Hildegard Müller**, Staatsministerin a. D.

*

Parl. Staatssekretär a. D. **Steffen Kampeter**, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, war zu Gast bei *hart aber fair* am 13.3.2023 zum Thema „Die neue Macht der Arbeitnehmer: Mehr Geld für weniger Arbeit“.

*

Heizung, Strom, Ampel-Streit – Kima retten auf harte Tour“ so der Name der Sendung von *maybrit*

„40 Jahre und kein bisschen leise“ – unter diesem Motto resümierte die Grüne Bundestagsfraktion beim Internationalen Frauentag ihre frauenpolitischen Erfolge. **Irmgard Schewe-Gerigk**, die 15 Jahre lang die grüne Frauenpolitik maßgeblich verantwortet und mitgestaltet hat, verwies u. a. auf das Gesetz zur Strafbarkeit

*

Am 11.2.2023 verstarb Hans Modrow, der letzte Ministerpräsident der PDS/SED. Politische Weggefährten und -gefährtinnen gedachten seiner in einer Veranstaltung am 21.4.2023 in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am Podiumsgespräch nahm neben Abgeordneten aus Bundestag und Europaparlament auch **Dr. Barbara Höll** teil. Sie erinnerte an die für Hans Modrow

schwierigen Jahre im Bundestag – kurz zuvor noch als Hoffnungsträger der DDR gehandelt, wurde er zum geächteten Abgeordneten. Umso beeindruckender sein Bemühen um einen respektvollen Umgang mit der Lebensleistung der Menschen in der DDR.

*

illner am 23.3.2023. Geladen war u. a. Sachsens Ministerpräsident **Michael Kretschmer**.

*

Über den Ukraine-Krieg und die Rolle Deutschlands diskutierte der ehemalige Bundesinnenminister **Gerhart Baum** bei *maischberger* am 8.2.2023. Er war ebenfalls am 19.3.2023 Gast bei *Anne Will* in der Sendung „Rüsten für den Frieden – Welche Lehren zieht Deutschland aus der Zeitenwende“.

*

Auch die ehemalige Bundesjustizministerin **Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** nahm am 23.5.2023 bei *maischberger* Stellung zum Ukraine-Krieg.

*

In der Sendung *SWR2 Zeitgenossen* spricht der ehemalige SPD-Bundesminister **Dr. Klaus von Dohnanyi** über sein politisches Leben (www.ardaudiothek.de).

Erlesenes



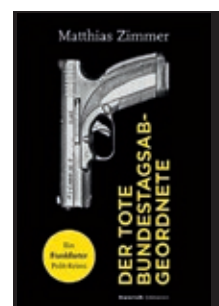
Klaus von Dohnanyi
Nationale Interessen
Orientierung für deutsche und europäische Politik in Zeiten globaler Umbrüche
Siedler Verlag
geb. Ausgabe, 240 S.
22,00 €
978-3-8275-0154-7



Özcan Mutlu
Wie Deutschland zur Heimat wurde
Correctiv Verlag
Hardcover, 250 S.
20,00 €
978-3-948013-15-8



Matthias Zimmer
Abenteuer Bundestag
Books on Demand
Softcover, 274 S.
12,99 €
978-3-75683-302-3



Matthias Zimmer
Der tote Bundestagsabgeordnete
Heinrich Editionen Verlag
Taschenbuch, 280 S.
16,00 €
978-3-96320-066-3



Egon Bahr
Ostwärts und nichts vergessen
Politik zwischen Krieg und Verständigung
Herder Verlag
Taschenbuch, 272 S.
14,99 €
978-3-4510-6766-2

Wahlbeobachtung im Kurdengebiet der Türkei

Nicht die OSZE oder die EU fragte, gefragt wurde ich in Koblenz, während einer Prozessbeobachtung wegen PKK-Mitgliedschaft, ob ich Interesse an einer Wahlbeobachtung im Kurdengebiet der Türkei hätte. Der Idee konnte ich etwas Interessantes abgewinnen, denn zum damaligen Zeitpunkt gingen deutsche Medien von einer knappen Niederlage Er-



Wahlzettel Präsident

dogans aus. Das wäre eine historische Dimension gewesen. Ich wurde Wahlbeobachter auf Einladung der HDP Deutschland und flog am 12.05.2023 von Frankfurt nach Diyarbakir, eine 1,8 Millionen-Stadt im Südosten der Türkei.

Am 14. Mai 2023 fanden die Wahlen zum Parlament und die Präsidentschaftswahl statt. Einen Tag vorher wurden wir, eine 20 Menschen umfassende Wahlbeobachterdelegation aus Deutschland, plus Personen aus Schweden, Norwegen und der Schweiz, in einem Hotel von der Bezirksleitung der HDP Diyarbakir begrüßt. Danach nahmen wir an

der Wahlabschlusskundgebung der Grünen-Linken teil. Unter diesem Namen, kandidierte die HDP für das Parlament, weil Erdogan eine Verbotsdrohung gegen die HDP aussprach und deren Vorsitzender, sowie weitere Mitglieder des Parteivorstandes ins Gefängnis mussten.

Am Wahltag waren mein Kollege Felix von Grünberg (SPD) und ich im Zentrum von Bingöl, einer 300.000-Einwohner-Stadt ca. 100 km nördlich von Diyarbakir mit 713 Wahllokalen. Formal war wenig an den Wahlen, die in mehreren Klassenzimmern in den Schulen stattfanden, zu beanstanden. Ungewöhnlich war, dass es üblich ist, dass Kandidaten der Parteien am Wahltag die Wahlvorstände – die ausschließlich aus Parteienvertretern bestehen – mit Handschlag begrüßen. Ungewöhnlich auch, dass ein Organisator der faschistischen MHP Wähler in die Lokale zweier Schulen brachte und sie dort beeinflusste. Nicht akzeptabel ist im türkischen Wahlsystem, dass die allgemeine



Wahlzettel Parlament

Öffentlichkeit bei der Auszählung der Stimmen nicht zugelassen wird und der Vorsitzende der örtlichen Wahlkommission in jedem Wahllokal ein staatlicher Beamter ist.

Am Wahlabend, während der Auszählung der Präsidentschaftsstimmen, wurde klar, dass es zu keinem Wechsel im Amt kommen würde. Dennoch passierte etwas Neues: Der seit 2003 als Ministerpräsident und seit August 2014 als Präsident regierende Erdogan musste erstmals in eine Stichwahl gegen seinen Herausforderer Kemal Kilicdaroglu (CHP). Erdogans Machtpolitik – das Verfassungsreferendum von 2017 wandelte den türkischen Staat in ein Präsidialsystem um – prägt die Türkei seit 20 Jahren. So konnte er in der abgelaufenen Wahlperiode aus eigener Machtbefugnis 96 kurdische Ober- und Bürgermeister absetzen. Er wird weitere 5 Jahre regieren. Der dann 74jährige kündigte für 2028 das Ende seiner Regierungszeit an. Ob die durch Personenkult geprägte AKP dann wieder den Präsidenten stellen wird, bleibt fraglich.

Gert Winkelmeier

Wir begrüßen als neue Mitglieder

Bela Bach (SPD)
MdB 2020–2021

Albert DeB (CSU)
MdB 1990–2004
MdEP 2004–2019

Michaela Engelmeier (SPD)
MdB 2013–2017

Hans-Joachim Hacker (SPD)
MdB 1990–2013

Ulla Ihnen (FDP)
Staatssekretärin a. D.
MdB 2017–2021

Reiner Meier (CSU)
MdB 2013–2017

Dorothea Störr-Ritter (CDU)
Landrätin
MdB 1998–2002 u. 2005

Kerstin Tack (SPD)
MdB 2009–2021

Ute Vogt (SPD)
Parl. Staatssekretärin a. D.
MdB 1994–2005 u.
2009–2021

90 Jahre

- 06.07. Hans-Gerd Strube
49811 Lingen
- 18.10. Berthold Wittich
Konrektor a. D.
36251 Ludwigsau
- 12.11. Dr. Klaus Röhl
12587 Berlin

85 Jahre

- 08.07. Siegfried Hornung
74747 Ravenstein
- 19.09. Uwe Hansen
21129 Hamburg
- 24.10. Ulrike Mascher
Parl. Staatssekretärin a. D.
80796 München
- 17.11. Heinz Dieter Eßmann
38300 Wolfenbüttel
- 26.11. Hans Georg Wagner
Parl. Staatssekretär a. D.
66571 Eppelborn-
Dirmingen
- 28.11. Dr. Helga Otto
09236 Claußnitz
- 15.12. Dr. Klaus Hänsch
Präsident des Euro-
päischen Parlaments a. D.
40699 Erkrath

80 Jahre

- 04.07. Heide Simonis
Ministerpräsidentin a. D.
24116 Kiel
- 04.07. Prof. Dr. Christoph Zöpel
Parl. Staatssekretär a. D.
44799 Bochum
- 19.07. Ursula Seiler-Albring
Staatsministerin a. D.
72762 Reutlingen
- 25.07. Erika Steinbach
60435 Frankfurt a. M.

80 Jahre

- 04.08. Marlies Pretzlaff
37154 Northeim
- 12.08. Prof. Dr. Herta
Däubler-Gmelin
Bundesministerin a. D.
72144 Dußlingen
- 21.08. Dr. Rolf Niese
21029 Hamburg
- 09.09. Peter Dreßen
79312 Emmendingen
- 09.09. Erika Lotz
35638 Leun
- 18.09. Dr. Christian Neuling
60326 Frankfurt
- 26.09. Brigitte Schulte
Parl. Staatssekretärin a. D.
53343 Wachtberg
- 27.09. Walter Riester
Bundesminister a. D.
88316 Isny im Allgäu
- 01.10. Rolf Berend
37339 Gernrode
- 12.10. Dr. Elisabeth Altmann
91224 Hohenstadt
- 21.10. Dietmar Schütz
Oberbürgermeister a. D.
26131 Oldenburg
- 29.11. Dirk Fischer
22301 Hamburg
- 12.12. Renate Schmidt
Bundestagsvize-
präsidentin a. D.
90480 Nürnberg
- 28.12. Siegfried Helias
12347 Berlin

75 Jahre

- 02.07. Jürgen Klimke
22339 Hamburg
- 16.07. Dr. Angelica
Schwall-Düren
Ministerin a. D.
77799 Ortenberg
- 23.07. Gabriele Wiechatzek
10707 Berlin
- 27.07. Brunhilde Irber
94486 Osterhofen
- 16.08. Gisela Hilbrecht
99706 Sondershausen
- 11.09. Maria Eichhorn
93083 Obertraubling
- 19.10. Heinz Golombek
76149 Karlsruhe
- 22.10. Joachim Günther
Parl. Staatssekretär a. D.
08541 Theuma
- 29.10. Rita Pawelski
10589 Berlin
- 16.11. Prof. Dr. Norbert Lammert
Bundestagspräsident a. D.
10557 Berlin
- 02.12. Manfred Richter
27572 Bremerhaven
- 05.12. Ernst Schwanhold
Minister a. D.
49084 Osnabrück
- 08.12. Prof. Dr. Fritz Schumann
99734 Nordhausen
- 27.12. Joachim Poß
45894 Gelsenkirchen

Wir gedenken

Dr. Axel Troost
† 06.01.2023

Heinz Schwarz
† 06.03.2023

Dr. Antje Vollmer
† 15.03.2023

Hans-Günter Bruckmann
† 22.03.2023

Achim Großmann
† 14.04.2023

Prof. Dr. Hartmut Soell
† 28.04.2023



© Regine Schmelen

Dr. Antje Vollmer zog 1983 mit kurzen Unterbrechungen in den Bundestag ein und hat ihre Partei als auch den Deutschen Bundestag in fünf Wahlperioden entscheidend mitgeprägt. Sie war eine der ersten Frauen der Bonner Republik und eine der ersten grünen Abgeordneten im Parlament. Elf Jahre lang, von 1994 bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 2005, war sie als erste Vertreterin der Grünen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Antje Vollmer wurde 79 Jahre alt.

Datenschutz: Die Vereinigung nimmt den Datenschutz der Mitglieder und aller Anfragenden ernst. Ihre personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. So geben wir Ihre Daten an Dritte nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung weiter.

Herausgeber:

Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
Unter den Linden 71 · 10117 Berlin
Telefon: 030 / 22 79 20 28 · Fax: 030 / 22 79 20 29
E-Mail: vemdb@t-online.de
www.ehemalige-abgeordnete.de, www.vemdb.de

Redaktion:

Andrea Wicklein, Geschäftsführerin
Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.
(v. i. S. d. P.)
Andrea Wicklein, Carmen Pägelow, Maria Korinth
Redaktionsschluss: 26.06.2023

Realisierung:

Konzeption, Layout: Holger Ebeling
Druck: MOTIV OFFSET GbR